

Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II — Fernspr.: Königsstadt 1076 — Postfachkonto Berlin 5386 — Die Zeitung erscheint jeden Freitag

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Anzeigen die sechs spaltene Kleinzeile 15 Mark Anzeigen und Verbandsgebühren sind an Otto Schmalz, Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. — Bezugspreis nur durch die Post Preis vierteljährlich 9 Mark und Bestellgeld

Inhalt: Die Neuwahl der Betriebsräte! — Im Zeichen des Wuchers. — Lebergeschwulst! — Von Rechten und Pflichten. — Geschichtliches aus der Vergangenheit Liebans in Schlefien. — Bei den schlechten Bechern. — Aus einer schwarzen Ecke. — Die Unterstützungsfälle nach den Beschlüssen des Beirats vom 12.-14. Dezember 1921. — Das Existenzminimum im Februar 1922. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Fabrik und Arbeiter (Gebicht). — Berichte aus Fachkreisen. — Bekanntmachungen. — Unterhaltungsstück: Die wirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit (I).

Syndikalist, Unionisten und anderen ... isten stattfinden. Und so richten wir die ernste Mahnung an alle Funktionäre und Mitglieder des Verbandes:

Versäume niemand sein Wahlrecht — denn Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Erfülle jedes Mitglied seine Pflicht, tue jedes Mitglied seine Schuldigkeit, damit bei den Betriebsrätemahlen der Sieg unser werde. Der Vorstand.

Der Vergleich mit der Friedenszeit stellt sich folgendermaßen dar: Seht man die Preise für den 1. Januar 1920 nach unserer Methode gleich 100, so ist die Entwicklung:

Index Mitte 1914	Index Anfang 1920	Index März 1922
8,9	100	435

Seht man aber zur leichteren Vergleichbarkeit den Friedensindex gleich 100, so zeigt die Reihe folgende Indizes:

Friedenspreise	Preise Anfang 1920	Preise März 1922
100	1123	4889

Wir hätten also erreicht, daß die Lebensmittel- und Rohstoffpreise um das beinahe 50fache der Friedenspreise gestiegen sind. Das Preisrad steht aber noch nicht still, sondern bekommt durch die Erhöhung der Kohlenpreise einen neuen Antrieb. Zu bemerken ist dabei noch, daß die Kleinhandelspreise noch nicht in der Weise erhöht sind wie die Großhandelspreise. Die Kleinhandelspreise werden also erst nachfolgen. Es ist dies ein ganz einfacher Vorgang, der immer wiederkehrt. Am stärksten sind die Getreidepreise, insbesondere die Mehlspreise gestiegen. Für einen Doppelzentner wurde auf dem Berliner Produktmarkt gezahlt:

für je 50 Kilogramm ab Station:

	am 20. 12. 1921	am 21. 2. 1922	am 1. 3. 1922
	Mk.	Mk.	Mk.
Weizen, märk.	338	580	610-615
Roggen, märk.	275	442	461-468
Gerste	350	440	445-465
Hafer, märk.	274	415	415-425
Rais	270	392	399-402
100 Kilogramm:			
Weizenmehl	860-980	1375-1510	1470-1570
Roggenmehl	660-720	1050-1160	1080-1190

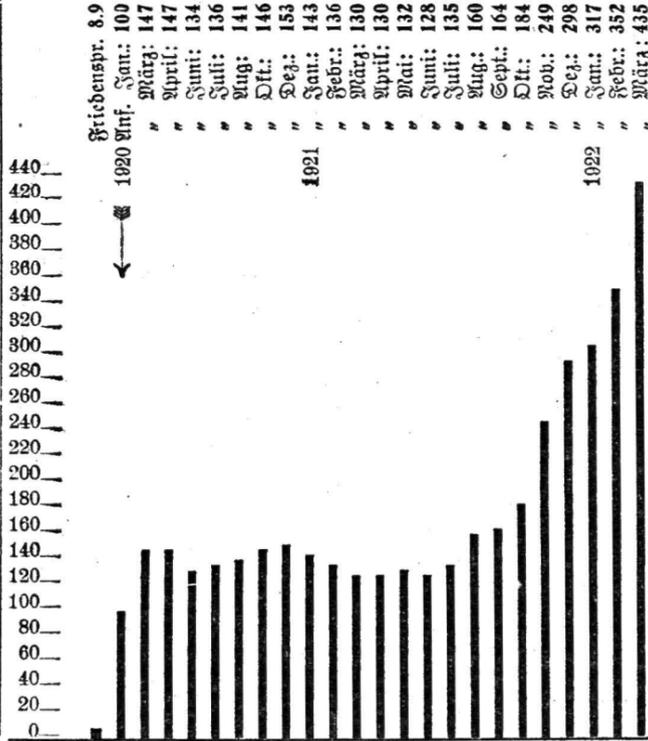
Hierzu treten aber noch die erhöhten Frachttarife, so daß die Teuerung für die Konsumenten noch beträchtlich größer wird. Darüber hinaus häufen sich die Meldungen aus dem Lande, wonach jetzt schon das Getreide der neuen Ernte zu Preisen, die über vorgenannte liegen, verkauft wird.

Die Verteuerung der Brotpreise ist geradezu skandalös und ungerechtfertigt, weil die deutschen Arbeiter, Beamten und Angestellten, so auch die Arbeiter in der Landwirtschaft keine so hohen Löhne erhalten, die derartige Preise rechtfertigen. Die Löhne der deutschen Arbeiter stehen viel niedriger als die Löhne der Arbeiter in anderen Staaten. Schuld an dieser unerhörten Teuerung für Brotgetreide trägt, wie schon bemerkt, allein die Politik der Regierung, die die Zwangsbewirtschaftung beseitigte und so die unzureichenden Getreidemengen der Profitgier der Spekulanten auslieferte.

Genau so wie sich der Wucher auf dem Getreidemarkt ausbreitet, so tobt er sich auf dem Kartoffelmarkt aus. Die märchenhaften Preise, die wir für Kartoffeln zu zahlen haben, verdanken wir ebenfalls „dem freien Spiel der Kräfte“. Die Kartoffeln werden, weil die Schweinemast mehr Profit abwirft an die Schweine verfüttert. Die noch für die menschliche Nahrung verbleibenden Reste sind nur zu Wucherpreisen zu haben. Im letzten Jahre beschloßen die süddeutschen Landwirte, den Zentner nicht unter 130 Mk. abzugeben; schon dieses war ein unerhörter Preis, und heute fordern sie bereits 250 Mk. und noch mehr für einen Zentner. In der Vorkriegszeit wurden die deutschen Schweine in der Hauptsache mit aus dem Ausland eingeführten Futtermitteln gemästet. Im Jahre 1913 wurden gegen 52 Millionen Tonnen Futtermittel eingeführt, im Jahre 1920 dagegen aber nur 400 000 Tonnen. Trotz dieser wesentlich geringeren Einfuhr ist aber die Anzahl der Schweine in Deutschland nicht geringer geworden. Aus den 9 847 745 Stück Schweinen, die im Jahre 1918 im

Im Zeichen des Wuchers.

In Nr. 14 des „Textilarbeiters“ haben wir bereits in einem Artikel „Unser tägliches Brot“ darauf hingewiesen, daß infolge der Verteuerung des Getreides eine ungeheure allgemeine Preissteigerung nachfolgen muß. Dies ist eingetreten. Unaufhaltsam steigt das Preissternometer Grad für Grad aufwärts; es gibt kein Halten mehr in dieser Aufwärtsbewegung. Für die breiten Volksmassen und für unsere Gesamtwirtschaft bedeutet diese Preissteigerung ein katastrophales Hinabgleiten in den Abgrund. Auf der einen Seite wird die Preissteigerung durch die Erhöhung der Getreidepreise, die mit der freien Bewirtschaftung des Getreides Hand in Hand geht und die dem Wucher Tür und Tor geöffnet hat, bedingt, andererseits durch das Sinken der Mark. Der Dollar ist am 6. März mit 262 Mk. bewertet worden. Die Mark ist innerhalb weniger Tage von 225 bis 262 gesunken. Dieses bedeutet, daß die Preiscurve immer steiler ansteigt. Wir eilen mit Siebenmeilenstiefeln den Weltmarktpreisen entgegen. Die „Frankfurter Zeitung“ veranschaulicht die Entwicklung der Gesamt-Indexzahlen für 77 Waren (Warenpreise vom 1. Januar 1920 = 100) durch folgende Darstellung:



Die Neuwahl der Betriebsräte!

Zum dritten Male stehen die Neuwahlen der Betriebsräte vor der Tür. Die Ortsverwaltungen unseres Verbandes haben alle Vorbereitungen zur erfolgreichen Durchführung der Betriebsrätemahlen getroffen.

Alle Organe des Deutschen Textilarbeiterverbandes stehen gerüstet zum Kampf!

In dieser Situation hält es der Vorstand für angezeigt, noch in letzter Stunde folgenden dringenden Appell an alle Funktionäre und Mitglieder des Verbandes zu richten:

Kollegen, Kolleginnen! Textilarbeiter, Textilarbeiterinnen!

Auf zur Neuwahl der Betriebsräte! Wählt nur die Vorschlagslisten des Deutschen Textilarbeiterverbandes!

oder die auf Grund getroffener örtlicher Vereinbarungen aufgestellten freigewerkschaftlichen Vorschlagslisten!

Die gewerkschaftliche Disziplin, die freiwillige Unterordnung unter die Beschlüsse der Verbandstage, des Beirats und der Betriebsrätekongresse erfordern, daß unsere Mitglieder nur den Listen der Ortsverwaltungen oder der Ortsausschüsse des A D G B. und des Ortskartells des A F A-Bundes ihre Stimme geben. Die Wahl dieser Listen ist mehr als die Ausübung und Wahrnehmung eines bloßen Rechts — sie hat große symbolische Bedeutung. Die Abgabe der Stimme für die freigewerkschaftlichen Vorschlagslisten ist ein Treuegelöbnis zur demokratischen Republik und ein Bekenntnis zu dem in der Reichsverfassung verankerten Rätegedanken. Die Wahl freigewerkschaftlicher Betriebsräte enthält aber auch die Forderung nach der demokratischen Fabrik, der Gewährung der versprochenen Hausherrrechte innerhalb der Betriebe, der gleichberechtigten Mitwirkung an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Entwicklung der gesamten produktiven Kräfte. In diesem Sinne ist die Wahl auch noch als eine deutliche Abfrage an die immer frecher werdende Reaktion und deren Helfershelfer zu bewerten. Jeder Wähler, jede Wählerin bekundet durch Teilnahme an den Wahlen der Betriebsräte im freigewerkschaftlichen Sinne außerdem, daß es nicht nur ein von Gesehes wegen zugestandenes Wahlrecht auszuüben gilt, sondern daß es der unerschütterliche Wille der Wähler ist, der gesamten Arbeiterschaft die spärlichen Errungenschaften der Revolution zu erhalten, zu sichern und auszubauen.

Darum darf es bei der Wahl der Betriebsräte kein Partieren mit politischen Parteien geben. Darum ist jede Gemeinschaft mit Christen, Hirschen und Gelben abzulehnen. Darum darf keine Verständigung mit Anhängern der Betriebsorganisation, der

Die wirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit.

In der gegenwärtigen Zeit ist die Zahl der Menschen erheblich zusammengedrumpft, welche die außerhäusliche Arbeit der Frauen als eine vorübergehende Erscheinung zu betrachten geneigt sind. Noch seltener als in der Vorkriegszeit begegnet man auch jetzt der Auffassung: „Die Frau gehört ins Haus“. Da aber solche Gedanken immer noch vorhanden sind, und, wenn auch nur vereinzelt, auch in Arbeiterkreisen noch zum Ausdruck kommen, soll in nachstehendem versucht werden, an Hand geschichtlichen Materials, die wirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit vom Urzustand der Menschheit über die geschlossene Hauswirtschaft bis zum modernen Großbetrieb einer Betrachtung zu unterziehen.

Arbeit ist nicht nur die Grundlage jeder menschlichen Existenz, sondern auch der Gesellschaft, ganz gleich ob wir uns die Menschheit auf einer niedrigen oder hohen Entwicklungsstufe stehend vorstellen. Es können deshalb auch nur sehr oberflächliche Menschen sein, welche die Arbeit nur als ein notwendiges Uebel ansehen. Die Arbeit hat noch einen anderen Wert als den, lediglich dem Menschen die Mittel zu seinem Unterhalt zu schaffen. Sie ist auch der Motor, die Menschen zu höheren Lebensbedürfnissen zu erziehen, sie kulturell zu heben, sie an den geistigen Bedürfnissen ihrer Zeit bewußten Anteil nehmen zu lassen. Was auf die Arbeit im allgemeinen zutrifft, gilt auch für die Frauenarbeit, die auf allen Wirtschaftsstufen der Menschheit vorhanden war und sich den veränderten Formen derselben anpassen mußte.

Schon auf den primitivsten Entwicklungsstufen der Menschheit erforderte die Beschaffung von Nahrung und deren Zubereitung und Verwendung ein beträchtliches Maß von Arbeit. Der Kampf ums Dasein, um Nahrung und Unterkunft wurde geführt gegen die Artgenossen und gegen Tiere, die in ihrem Selbsterhaltungstrieb beides dem Menschen streitig machten. Dieser Kampf führte zum gesellschaftlichen Zusammenleben der Menschen und zu einer Regelung der Arbeit, die auf den primitiven Entwicklungsstufen sich nur auf den jeweiligen Verbrauch bezog. Dabei kam es schon ganz von selbst zur Teilung der Arbeit, in Männer- und Frauenarbeit. Dar- aus ergibt sich schon, daß es müßig ist, sich in Betrachtungen darüber

zu verlieren, ob die Frau arbeiten soll. Daß sie es immer getan hat, ist in der Menschheitsgeschichte mit ehernen Lettern verzeichnet.

Schon als die Menschen noch keine festen Wohnstätten hatten, arbeitete sie. Sie bereitete die Nahrung aus dem Fleisch der Tiere, die der Mann erlegte, sie ergänzte die Nahrung durch Kräuter und Wurzeln, die sie selber suchte und später sogar, als die Menschen sesshaft wurden, selbst anpflanzte. Sie baute das schützende Dach für sich und ihren schützlosen Säugling, hüllte das hilflose Geschöpfchen und schließlich sich selbst in die Felle der vom Mann erlegten Tiere. Die von der Frau erbaute Hütte bot nicht nur ihr und ihrem Kinde Schutz. Auch dem Manne, der sein Leben zwischen Kampf und Jagd verbrachte, wurde sie Zufluchtsort, wo er zur Ruhe einkehrte, Kleidung, Nahrung und Obdach fand und seine Beute verwahren konnte. Als die Menschheit das Feuer kennenlernte, wurde die Frau die natürliche Hüterin des Feuers. Die rohen physischen Bedürfnisse zogen den Urmenschen immer wieder an den häuslichen Herd zurück.

Die Gemeinschaften (Genies, Totem), die ersten gesellschaftlichen Zusammenschlüsse der Menschen entstanden aus der Notwendigkeit der Nahrungsbeschaffung und Nahrungsverteilung. Die aus der Blutsverwandtschaft sich ergebenden Gemeinschaften legen sich nach heidnischem Brauch dem Tierreich entlehnte Namen bei. Durch sie wurde auch die aus dem natürlichen Begattungstrieb sich ergebende Inzucht beseitigt. Die primitivste Form der Ehe wurde damit geschaffen. Zu jener Zeit hatte die Frau im „Mutterrecht“ eine Stellung in der Gesellschaft, welche sie seitdem noch nicht wieder erreicht hat. Das Mutterrecht, hergeleitet aus der Auffassung, daß die Abstammung des Kindes von der Mutter sicherer herzuleiten sei als vom Vater, hatte zur Folge, daß die Kinder beim Ableben des Vaters mit der Mutter wieder in deren Abstammungsgemeinschaft zurückkehrten und dort als Kinder der Gemeinschaft galten. Mutterrecht und Mutterschutz war ebenfalls aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten erwachsen. Die durch ihre Kindergebärung gebundene Frau verwaltete das von ihrer Gemeinschaft erworbene Gut, welches sich auf ihre Kinder vererbte. Darum waren die Frauen jener Entwicklungsperiode auch mit weitgehenden Rechten ausgestattet. Sie saßen im Rat der Genossenschaft, und ihre Stimmen waren gewichtiger als die der Männer.

So finden wir bei allen Völkern, deren Entwicklungsstufe dem Urzustand der Menschen am nächsten steht, welche die Gegenätze zwischen arm und reich, frei und unfrei noch nicht kennen, die Lage der Frau noch verhältnismäßig günstig. Die für die ganze Familie notwendig auszuführende Arbeit liegt allein in den Händen der

Frau. Die uralte, göttliche Verehrung der Mutterkraft wirkt auf das Weib jener Zeit noch ihren Glorionschein zurück.

Noch blieb dieser Zustand nicht lange bestehen. Sobald der Mann Eigentümer, Besitzer von Herden, Waffen, Werkzeugen und Borräten geworden war, hatte das Mutterrecht, welches Gleichheit aller bedeutete, keine Geltung mehr. Der Mann hatte als Privateigentümer Interesse an Kindern, die er zu Erben seines Eigentums einsegnen konnte. Das Aufkommen des Vaterrechts bedeutet Herrschaft des Privateigentums, zugleich auch Knechtung und Unterdrückung der Frau. Bebel sagt darüber in „Die Frau und der Sozialismus“: „Der Mensch beherrscht nicht das Eigentum, sondern das Eigentum beherrscht ihn und macht sich zu seinem Herrn.“

Das Privateigentum kennzeichnet auch die jüdische Patriarchenzeit (alttestamentarische Geschichte), in welcher die Hausgemeinschaft die ganze Familie des Patriarchen, Kinder und Kindeskinde, Knechte und Mägde umfaßte. Waren der Frau eigene Kinder verlag, so konnte der Patriarch sich legitime Erben durch eine Magd schaffen. Er war der Leiter des ganzen Wirtschaftsbetriebes, an dem alle Hausgenossen tätigen Anteil hatten. Alle, die in seinem Hause lebten, mußten sich seiner Ueberlegenheit unterordnen. Er fungierte auch als Richter in Streitfragen. Auch diese Art Hausgenossenschaft diente der Regelung des Konsums der Familie durch Eigenproduktion und Tausch. In der nomadischen Zeit der Völker erschien schon dem Römer Tacitus die germanische Frau in ihrer Einfachheit, ihrem Fleiß und ihrer Keuschheit als der scharfe Gegensatz zu der faulen, sittenlosen und verschwenderischen Römerin. Teilte sie doch die Mühseligkeiten, mondlangenen Wanderungen mit Kindern und Hausgerät, die Schreden der Fehden und Kriege mit den Männern. Die Strapazen ihres Lebens und das Klima ihrer Heimat hatte sie widerstandsfähiger und kräftiger werden lassen, als andere ihres Geschlechts. Sie deshalb besonders glücklich zu preisen lag kein Anlaß vor. Denn auch sie war nur willenloses Eigentum des Mannes, in dessen Händen sich alle Arbeit, auch die des Feldes vereinigte, während der Mann im Frieden auf der Bärenhaut lag. Sie mußte den Pflug führen und auf schweren Handmühlen das Getreide mahlen, sie mußte die Hütte aufrichten, baden, Met brauen, spinnen und weben. Sie blieb auch dann noch überlastet, als nach den großen Wanderungen auch die Männer Ackerbauer geworden waren. Denn das Gebiet ihrer Tätigkeit umspannte, außer der häuslichen Wirtschaft, die Viehzucht, die Schaffschur, die Flachsbereitung und nicht zum mindesten die aufmerksame Bedienung des Mannes.

Deutschland gezählt wurden, sind mittlerweile im Jahre 1921 15 875 636 Stück Schweine geworden, so daß sich trotz wesentlich geringerer Futtermittelaufuhr seit 1918 die Zahl der Schweine um über 6 Millionen Stück vermehrt hat.

In einem Artikel der deutschnationalen „Leipziger Neuesten Nachrichten“ (Nr. 52 vom 21. Februar 1922) sieht sich der bürgerliche Landtagsabg. Herr Claus veranlaßt, auf diesen Umstand und die Massenernährung von Kartoffeln bei der Schweinemast hinzuweisen und kommt dann zu der Forderung an das Reich, einen Gemeinheitspreis einheitlich für das ganze Reich festzulegen und gleichzeitig die Preise für Schweine so zu bemessen, daß eine übermäßige Kartoffelverfütterung nicht mehr zu befürchten wäre. Diese Forderung eines bürgerlichen sächsischen Landtagsabgeordneten bedeutet nichts anderes als das glatte Eingeständnis, daß die freie Wirtschaft, die uns billige und reichliche Lebensmittel bringen sollte, jämmerlich verlagert hat und daß in dieser Not kein anderer Weg bleibt, als die Rückkehr zu der so viel gehäßten und viel geschmähten Zwangswirtschaft.

Die Regierung hat alle Ursache, die gegenwärtigen Vorgänge auf dem Preismarkt nicht nur aufmerksam zu verfolgen, sondern sofort dem Verlangen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die vom Reichszentraler durchgeführte Maßnahmen zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung der Minderbemittelten zu halbwegs erträglichen Preisen fordert, zu entsprechen und entsprechende Maßnahmen gegen den Aufmarsch der Preise zu treffen, ehe es zu spät ist.

Damit ist aber die agrarische Frechheit noch nicht erschöpft; die Habgucht scheint dort keine Grenzen zu kennen. In einer Bauernversammlung des Bezirksvereins Karlsruhe wurde beschlossen, als Stallpreis für den Liter Milch 8 Mk. zu fordern. Dieses läuft darauf hinaus, den Milchpreis in den Städten auf mehr denn 12 Mk. hinaufzutreiben. Es wird hierdurch zur Unmöglichkeit, daß den Kindern, Kranken und altersschwachen Leuten ihr Milchbedarf zugewiesen werden kann. Dieses sind so die Blüten des freien Handels.

Interessant ist nun, daß die Preise für Lebensmittel und Rohstoffe beinahe um den 50fachen Betrag gestiegen sind, währenddem hingegen die Preise für halbfertige und fertige Fabrikate nicht ganz so hoch stiegen. Dies ist infolgedessen erklärlich, daß in den zum großen Teil von der Valuta unmittelbar abhängigen Rohstoffen eine größere Menge deutscher Arbeit steckt, deren Kosten wie bekannt nicht im gleichen Verhältnis gestiegen sind, wie sich die Valuta entwertet hat und wie sich die Großhandelspreise der Rohstoffe aufwärts bewegt haben.

Die Löhne der deutschen Arbeiter blieben hinter diesen Teuerungsziffern weit zurück. Nach einer Statistik, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund zusammengestellt hat, darf man wohl annehmen, daß die Löhne noch nicht einmal den 25fachen Betrag der Friedenslöhne erreicht haben. Dies zeigt uns, daß die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Lebenshaltung ganz bedeutend herabgedrückt worden ist. Es ist deshalb nur zu begrüßen, daß die Spitzenverbände der Gewerkschaften eine gemeinsame Beratung der Lohn- und Gehaltsfragen herbeigeführt haben. Es wird nur möglich sein, daß durch eine Zusammenarbeit aller Spitzenorganisationen die Interessen der Arbeiterschaft gegenüber dieser Auswucherung des Volkes genügend gewahrt werden können. Es ist aber auch notwendig, daß sich die Arbeiterschaft jetzt mehr denn je rührt, um einen Lohn zu erreichen, der dieser Teuerung, wenn auch nur annähernd, entspricht. Das deutsche Unternehmertum, und vor allen Dingen die Textilindustriellen, wehren sich trotz dieser Preissteigerung dagegen, an ihre Arbeiterschaft auskömmliche Löhne zu zahlen. Auf der anderen Seite verschleudern sie aber die Fertigfabrikate und oft auch Rohstoffe, die in Deutschland gewonnen werden, zu Schleuderpreisen nach dem Ausland. Erst kürzlich wurde von einem Fabrikanten der Textilindustrie in der lebhaftesten Weise Klage geführt gegen den Lumpenhandel, weil letzterer an das Ausland die Lumpen zu einem niedrigeren Preise abgibt als an die inländischen Fabrikanten.

Wohin führt dieser Weg? Wir verschleudern die deutsche Arbeitskraft und Vermögenssubstanzen an das Ausland, wir verkaufen uns vollkommen aus, dabei wird nichts getan, um diesem Ausverkauf Einhalt zu tun. Die Preissteigerung hat in den letzten Monaten in Deutschland eine viel schärfere Kurve genommen, als dies der Valutaentwertung entsprach. Wir sind beinahe an dem Punkt — er wird erreicht, wenn die Warenpreise die Weltmarktpreise erreicht haben — angelangt, wo der Export aufhört, infolgedessen weil die Konkurrenzfähigkeit nachläßt. Wenn dieser Zeitpunkt eingetreten ist, dann wird an Stelle des gegenwärtigen wirtschaftlichen Falschingsstadiums ein jämmerlicher Miskeritt nachfolgen. Es ist deshalb notwendig, daß recht bald dieser unglückseligen Wirtschaft Einhalt geboten wird.

Die deutsche Industrie hat aber auch nach der anderen Richtung hin alles unterlassen, was notwendig gewesen wäre, um die Exportfähigkeit auch für die Zukunft zu sichern. Man hat die ganze Wirtschaft nur auf den billigen Massenkonsum eingestellt und hat nicht dafür gesorgt, daß wir für die Zukunft durch Qualitätsarbeit unsere Exportfähigkeit sichern. Erst vor kurzem hat in dem Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates Geheimrat Dr. Bücher vom Reichsverband der deutschen Industrie einen eingehenden Ueberblick über die wirtschaftliche Lage der Industrie und ihre Verknüpfung mit der Weltwirtschaft und der staatlichen Finanzgebarung gegeben. Er sagte u. a.: „Die Markentwertung hat bewirkt, daß die industriellen Betriebe ihre Betriebsmittel nicht auf der Höhe halten können (?), die für eine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt auf die Dauer notwendig sein wird. Das notwendige Betriebskapital übersteigt häufig das Anlagekapital, so daß eine schwanke Konjunktur die Unternehmen gefährdet. Um den Unsicherheitsfaktor der ganzen Wirtschaft zu beseitigen, ist die Stabilisierung der Währung notwendig, die zugleich den Zwang ausübt, die Produktionsmittel auf die mögliche technische Höhe zu bringen, weil dann nur noch die Qualität einer Ware ihre Exportfähigkeit verbürgt.“

Was hat nun die Regierung getan? Bis heute ist noch nichts geschehen, was dieser katastrophalen Entwicklung, die sich auf dem Rücken der breiten Masse ausbreitet, Einhalt gebieten könnte. Es wäre dies nur möglich durch eine durchgreifende Steuerreform, welche sich in erster Linie auf einen Eingriff in die Substanzwerte stützt. Ferner in der sofortigen Einziehung der Zwangsanleihe. Solange die Regierung aber zögert, den Besitz anzugreifen, solange werden wir auf dieser abschüssigen Bahn immer weiter hinuntergleiten, um letzten Endes im wirtschaftlichen Elend zu versinken.

Uebergeschnappt!

Durch den Streik der Eisenbahner hat die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ einen schweren Anfall erlitten; sie schimpft seitdem, von heftigem Fieberwahn geschüttelt, in einem fort wie ein Bessener auf den Streik und die Streikenden. Unter den Einwirkungen eines überaus heftigen Wutausbruchs hat zweifellos — die Krankheit ist ansteckend — ein Herr Otto Ernst seinen Artikel „Was ist eigentlich ein Streik?“ (Arbeitg.-Ztg. Nr. 9) niedergeschrieben, von dem wir einige Proben hier festhalten wollen:

„Der Streikende wendet Gewalt oder Drohung an, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen. Dasselbe tut der Erpresser. Sehen wir zu, ob und wie sich beide unterscheiden. Dabei lassen wir zunächst außer acht, ob es sich um erlaubte oder unerlaubte Vorteile handelt.“

Keinen Unterschied macht die Art der Gewalt. Der Erpresser bedroht sein Opfer mit dem Tode, mit Körperverletzung, mit öffentlicher Schande, um seinen Vorteil zu erlangen.

Der Streikende droht in der Regel nicht sofort und nicht unmittelbar mit körperlicher Gewalt; im Laufe der Streikentwicklung kommt es aber oft genug zu Körperverletzung, Todschlag und Mord. Aber auch wenn es dazu nicht kommt, mittelbar bedroht er Gesellschaft und Menschheit mit Ungemach, Armut, Krankheit, Tod, mit allen erdenklichen Leiden, nein, mit unaußenbar Leiden; denn was an Leiden und Unheil aus einem Streik hervorgeht, ist unübersehbar. So weit ist also gewiß kein Unterschied zugunsten des Streikenden erkennbar.

Weiter! Der übliche Erpresser bedroht einen einzelnen Menschen oder höchstens eine kleine Gruppe von Menschen. Der Streiker bedroht und bedrängt unbedenklich nicht nur ganze Gesellschaftsschichten, er mißhandelt ohne Unterscheidung die ganze Gesellschaft, sein ganzes Volk, ja, in weiterer Entwicklung und Auswirkung die ganze Menschheit, arm und reich, Mann und Weib, Kind und Greis, Kranke und Gesunde, Glückliche und Elende. Hier also fällt der Vergleich nicht nur durch die Quantität des Unheils zugunsten des gewöhnlichen Erpressers aus, wenn man bedenkt, welche maßlose Schuld der Streiker mit vollkommener Herzenslosigkeit auf sein Gewissen nimmt, so muß man ihm auch den stärkeren verbrecherischen Willen zuerkennen.“

„Wenn der Bedrückte nirgends Recht kann finden, wenn unrettbar ist die Last, dann“, sagt Schiller, „hat er ein Recht zur Gewalt.“ In welchem Winkel Deutschlands findet sich denn noch solch ein Arbeiterland? Wo ist der „Proletariat“, d. h. der recht- und beschloßene Lohnknecht, der nicht Gericht und Gerechtigkeit findet, wenn er sie sucht? Wer weiß es denn nicht, daß unsere Arbeiter unergieblich besser leben als viele Hunderttausende von Angehörigen der sogenannten bürgerlichen Schicht, die bittersten Mangel leiden? Die vollkommene Teilnahmslosigkeit, mit der der typische Sozialdemokrat diesem Elend zuschaut, beweist, daß ihm nichts ferner liegt als Menschlichkeit und nichts näher als niedrigste Selbsthuth. Erleben unsere Bürgerfrauen es nicht täglich, daß Arbeiterfrauen an höchst entbehrliche Genussmittel, an Näsereien, an Fuß und Land Ausgaben wenden, an die eine Bürgerfrau nicht im Traume denken kann? Und diese zarten Sozialistenleichen, die über „Massenmord“ flennen, wenn ein schmählich überfallenes Volk einen Krieg der Notwehr führt, sie bringen kalten Blutes Elend, Not und Tod über ihre Volksgenossen, um den Stundenlohn von 8 auf 12, von 12 auf 15, von 15 auf 20 Mk. natürlich ins Unermessliche hinaufzupressen; denn wer setzt ihnen ein Ziel, wenn man die Gewalt in ihren Händen läßt?“

„Schlagt alle Bücher der Geschichte auf, hat je die Menschheit, und wäre es in den frühesten und finsternen Zeiten des Menschengeschlechts, eine solche Tyrannei erlitten wie diese? Schüttelt euch nicht ein elementarer Lauchtramp, wenn diese Gesellen wider die „Tyrannei“ des „Militarismus“, der „Fürsten und Junker“ bellt? Ist der Streik ohne zwingende Not etwas anderes als nichts-würdigste, gemeinste Erpressung, als organisiertes Verbrechen?“

Hat es je einen „Kapitalismus“, ja, hat es auch nur je einen einzelnen Kapitalisten mit so schamlosen Machtansprüchen gegeben wie dieses „Proletariat“?

Darf man nicht sagen, daß hier alle Begriffe von Freiheit, Recht, Staat, Gemeinschaft, Gesellschaft, von Menschheit und Menschlichkeit, von Billigkeit und Nächstenliebe ausgerottet sind und an ihre Stelle eine tierisch-verböhrte Selbsthuth getreten ist?

Muß man nicht sagen, daß die sozialistische Agitation die tiefste sittliche Verbannung der Massen erreicht hat, wie sie in dem Nachtgeheul zum Ausdruck kommt: „Wann wir auf den Knopf drücken, springt Berlin!“ Wir haben die Hand an der Gurgel des Staates!?

Wann erhebt sich das ganze recht- und ehrliebende Volk von rechts bis links gegen die Frechheit der fanatisierten Kanaille?“

Wie man sieht, der Zustand in der „Arbeitgeber-Zeitung“ ist recht bedenklich; mit Polemizieren ist dagegen nichts getan. Hier hat es an einer bestimmten Stelle ausgehalten, und da kann man weiter nichts tun, als den guten Leuten den Rat geben, daß sie sich schleunigst in die Behandlung eines Psychiaters begeben — vielleicht gelingt es dem wieder dort, wo die Sache ausgeschlappt ist, sie ins Lot zu bringen. Aber, aber, es ist überaus bedenklich!

Von Rechten und Pflichten.

Seit jeher ist es für die freien Gewerkschaften wie überhaupt für die gesamte moderne Arbeiterbewegung selbstverständlich, daß dem Proletariat nicht damit geholfen ist, daß ihm „Wohlthaten“ zuteil werden. In wirtschaftlichen wie in politischen Kämpfen wird nicht an das gute Herz, das soziale Gefühl der Unternehmer oder der übrigen Bevölkerungsschichten appelliert, sondern es wird auf Rechte hingewiesen, die der wichtigste Teil der Volksgemeinschaft eben auf Grund seiner Bedeutung für das Ganze besitzt. Diese Rechte mag man zunächst einmal als natürliche, durch das lebendige Dasein überhaupt bedingt, ansehen; er worben werden sie aber auf alle Fälle durch die Leistungen wirtschaftlicher, steuerlicher und anderer Art, die besonders heute ganz unbestreitbar sind und schon während des Krieges auch von den offiziellen Stellen des alten Regimes anerkannt wurden. Darüber ist also in dem auch nur einigermaßen zum Bewußtsein erwachten Proletariat kein Zweifel mehr, daß Pflichterfüllung auf der einen Seite, die Beanspruchung von Rechten auf der anderen nach sich zieht, deren Gewährung nichts mit „Wohlthaten oder Schenken“ zu tun hat.

Das Bewußtsein von diesen Zusammenhängen wird das heute leider im Proletariat noch oft anzutreffende Gefühl der Unterwürfigkeit beseitigen. Es wird aber auch vor dem Versinken in das direkte Gegenteil, in maßlose Selbstüberhebung, schützen. Wer zum Schaden der Gesamtheit oder auch nur eines Teiles davon seinen Pflichten nicht nachkommt, kann nicht dieselben Rechte wie der Pflichttreue in Anspruch nehmen. Diese durchaus sozialistischen Gedanken gilt es, zu Empfindungen der gesamten arbeitenden Klasse zu machen. Zu beginnen ist deshalb bei der Jugend.

Jedermann von uns wird heute der erwerbstätigen Jugend gern zugeföhren, daß sie in mancher Hinsicht gewisser Vorrechte vor den übrigen Arbeitenden bedarf. Sie braucht Schutz gegen Ausbeutung und für ihre körperliche Entwicklung, Sorge für ihre geistige Weiterbildung, und auch der Anleitung, um den Weg zur sozialistischen Lebensauffassung zu finden. Dieses alles zugegeben, muß doch der Jugend begrifflich gemacht werden, daß sie nur an einen Anspruch darauf denken kann, soweit sie selbst auch ihre Pflichten, nämlich der Organisation gegenüber, erfüllt.

In den meisten Fällen sind die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie auch die Lehrlinge mit in die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einbezogen; die daraus für sie folgenden geldlichen Vorteile lassen es als selbstverständlich erscheinen, daß auch die jugendlichen Nutznießer der gewerkschaftlichen Arbeit ihren Anteil zur Ermöglichung dieser Arbeit beizutragen haben. Es

ist begreiflich, wenn die Jugend von selbst nicht ohne weiteres diese Notwendigkeit erkennt. In diesem Fall erwacht dann eben den Erwachsenen im Betrieb wie im Elternhaus die Pflicht, aufklärend zu wirken. Gar zu leicht entsteht ja bei den Jugendlichen — auch bei Erwachsenen soll das noch vorkommen — das Gefühl, daß eine über den Volken thronende Stelle vorhanden sei, die für sie sorgt, daß Tarifvertragsabschlüsse, Lohnerhöhungen, Verbesserungen im Arbeitsverhältnis kommen müssen wie Naturerscheinungen, wie Regen und Sonnenschein. Wenn diese Vorstellungen auch nicht zu klaren Gedankengängen werden, so sind sie aber doch häufig gefühlsmäßig vorhanden und wirken sich praktisch aus. Die Teilnahmslosigkeit weiter Kreise für das Organisationsleben zeigt uns, welche Gefahren diese Meinung, „es geht ja alles auch ohne mich“, für die Arbeiterklasse mit sich bringt.

Zu diesen Erwägungen vom Nützlichkeitsstandpunkt gesellen sich andere, die schließlich noch wichtiger sind. Die Erwachsenen haben die unbedingte Pflicht, auf die mit ihnen in Berührung kommenden Jugendlichen in günstigem Sinne einzuwirken. Daß dazu in erster Linie gehört, den Gedanken der Organisation, der Solidarität zu wecken, ist selbstverständlich. Wer trotz ständigen Zusammenkommens mit Jugendlichen sich nicht veranlaßt sieht, sie von seinen Erfahrungen, Kenntnissen usw. Vorteile ziehen zu lassen, der ist sich nicht der Verantwortung bewußt, die er sowohl als Mensch wie auch als organisierter Arbeiter trägt. Nur durch die unmittelbaren Beziehungen von Mensch zu Mensch können die Gedanken der Arbeiterbewegung stets lebendig erhalten bleiben; die schriftlichen Ueberlieferungen werden immer erst dann Wirkung erzielen können, wenn der Geist des Jugendlichen schon aufnahmefähig geworden ist. Es ist also ganz einfach Pflicht jedes Gewerkschaftlers, für den Nachwuchs der Organisation Sorge zu tragen. Verkehrt wäre die Meinung, daß es auf die Mitgliedschaft so junger Leute nicht ankommt, da sie doch von der Organisation mehr an Aufwendungen beanspruchen, als sie einzahlen. Kurzfristige Rechnungen sind immer falsch, und so wäre es auch hier; wer in seinen jungen Jahren als jemand betrachtet wird, der getroßt beiseite stehen bleiben kann, der wird sicher in späteren Jahren von sich zu derselben Meinung gelangen. Wer also nicht zur Vermehrung der Schaar der Unorganisierten, der Parasiten beitragen will, der gedenke der Pflichten der Jugend gegenüber.

Demnächst werden wieder überall eben aus der Schule entlassene Jungen und Mädchen in die Betriebe hineinkommen. Sie hilfsvoller und freundlicher ihre älteren Arbeitskollegen ihnen entgegenkommen, desto eher werden sie auch zweifellos unseren Einflüssen zugänglich sein, in die Verantwortungen kommen usw. Es ist gut, wenn die erwerbstätigen Jugendlichen schon frühzeitig erkennen, daß sie ohne Erfüllung gewisser Pflichten eben auch keine Rechte beanspruchen können. W. Mascht e.

Geschichtliches aus der Vergangenheit Liebaus i. Schlessien.

Als Anfang September 1898 die Filiale des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes gegründet wurde, hatten Gründer und Anhang mit den größten Schwierigkeiten zu rechnen, wie sie ja überall üblich waren. In der Gründungsversammlung war der damalige Magistrat der Stadt Liebau mit einem ganzen Stabe von Vertretern sämtlicher Liebauer Firmen und des Klerikalismus anwesend. Letzterer hatte sich schon vorher die größte Mühe gegeben, durch Lokalabtreiber die Versammlung unmöglich zu machen. Es war vergebliche Mühe. Der Gastwirt blieb fest. Das Referat hielt der Zentralverbandsvorsitzende, Kollege Carl Hübsch, die Versammlung leitete der Kollege Hermann Krägler. Aus Furcht vor Maßregelung meldeten sich nur wenige als Mitglieder an, trotzdem stieg nach und nach die Mitgliederzahl auf 114. Den Klerikalen war dies Anwaschen aber besorgnisserregend. Dem Fußfassen der modernen Weltanschauung mußte ein Damm entgegengesetzt werden. Es wurde eine Ortsgruppe des Kath. Volksvereins, der Elisabeth-Agnes, der Jünglings- und Jungfrauenvereins gegründet. In diesen Organisationen wurde mit Hochdruck auf die Vernichtung der bestehenden Filialen des Verbandes hingearbeitet. Wenn dem auch ein gewisser Erfolg beschieden war, so zeigt doch die Gegenwart, daß es kein wirksamer Schutz war. Seit Jahren ist die überwiegende Mehrzahl der Textilarbeiter und -arbeiterinnen dem Deutschen Textilarbeiter-Verband angeschlossen und ein Faktor, der die Mitbestimmung über Lohn- und Arbeitsbedingungen ausübt. Das hätte niemand für möglich gehalten, der mußte, wie schwer und hart der Boden für die moderne Arbeiterbewegung zu beackern war. Die Bevölkerung war seit Jahrhunderten im klerikalen Sinne erzogen worden. Schon im Jahre 1240 standen die ersten Anlieder unter der Obhut der Benediktiner-Abtei in Neuen, Kreis Landeshut. 1352 schenkte Bolko II die Neustadt Liebau mit Ober- und Untergerichten dem Kloster zu Grüssau. Alle Steuern, Span- und Frondienste mußten an das Kloster zu Grüssau entrichtet werden. Die erwachsenen Söhne und Töchter armer und unbemittelter Eltern mußten sich alljährlich auf dem Stiftsamt des Klosters zur Musterung stellen. Die für tauglich Befundenen mußten dann im Klosterbereich ein oder mehrere Jahre dienen. Vermögende Eltern konnten ihre Kinder von diesem Dienste freikaufen. Die Befristung war farg. Butter gab es nicht. Der Lohn war ebenfalls farg. Jedem Stiftsuntertan war zur Pflicht geboten, einmal im Jahre zur Weichte zu gehen, sowie alle Gebetsverordnungen zu befolgen. Zuwiderhandelnde wurden mit harter Kirchenbuße bestraft oder des Landes verwiesen. Evangelische oder Andersgläubige wurden im Klosterbereich nicht geduldet, was attemmäßig festhielt. Durch Verordnung des Abtes Bernhard Rosa, welcher von 1660 bis 1696 regierte, wurden über 4000 arme evangelische Weiber mit Waffengewalt aus dem Klosterbereich vertrieben; sie flüchteten im Juli 1687 nach Sachsen und gründeten das Dorf Neugersdorf.

Welche Leiden und Drangsale aller Art die Bewohner der Grenzstadt Liebau zu erdulden hatten, davon sei einiges hier erwähnt. Im Jahre 1300 drangen die Tataren ein, bedrängten die Bewohner und schädigten sie durch Plünderung, Brand und Zerstörung der von Bolko I im Jahre 1290 erbauten Ritterburg. 1345 drangen die Söldnerheere des blinden Königs Johann von Böhmen ein und machten die ganze Gegend unsicher. 1492 waren es die Hussiten, die wie Vandalen haften. In Grüssau stredten sie das Kloster in Brand und ermordeten 27 Geistliche, 24 Diakone, 6 Professoren und 3 Novizen. Während des 30jährigen Krieges hatten die Bewohner eine wahre Leidenszeit zu bestehen und wurden so drangaliert, daß sich der größte Teil in das Rabenbergirge flüchtete und beim Jägerhaule lagerte. Graulame Hinrichtungen fanden unter der Klosterherrschaft statt. Im benachbarten Schömburg wurde am 29. Dezember 1620 der Grüssauer Klosterabt Martinus Clavai von seinen Stiftsuntertanen ermordet, weil er die Untertanen mit hohen Abgaben belastete. Die Uebelthäter wurden nach achtfähriger Gefangenschaft am 12. Juli 1628 öffentlich auf dem Marktplatz in Schömburg hingerichtet. Die Prozeßkosten betrugen 18000 Florins. 1652 hat das kleine Städtchen den letzten Rest der Kosten bezahlt. Während der drei schlesischen Kriege hatte das arme Weiberstädtchen Liebau viel zu leiden. In den Jahren 1734, 1782 und 1800 wurde die Stadt durch riesige Brände zum großen Teil zerstört. Im Revolutionsjahr 1848 wurde der damalige Bürgermeister im Gasthaus zur Farelle an den Ofen geworfen. Der Kaiserrentant schickte eine Tracht Prügel. Dieser schwor Rache. Am 17. September 1848 brach Großfeuer aus, wodurch 578 Einwohner heftig- und obdachlos wurden.

Das von Gerhart Hauptmann geschilderte Weberelend ist auch hier bekannt; in Hungerevoluten kam das sprichwörtlich gewordene Weberelend wiederholt zum Ausdruck. Die Nutznießer aber wandelten auf der Sonnenhöhe des Lebens. In der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat in Liebau sich die Großindustrie mächtig entwickelt.

Bemerkt sei noch, daß am 27. November 1810 durch königliche Kabinettsorder die Ordensbrüderschaft des fürstlichen Klosterstifts aufgelöst wurde. Abt und Mönche mußten ihrer Wege gehen. Alle zum Kloster gehörigen Liegenschaften, Wäldungen, Ländereien und Güter gingen in Staatsbesitz über. Die Stadt Liebau und Schömburg, sowie sämtliche Dörfer, die zum Kloster gehört hatten, wurden dem Kreise Landeshut angeschlossen. Vor drei Jahren sind die Ordensbrüder der Benediktiner wieder in die leerstehenden Räume des Klosters Grüssau zurückgekehrt und haben sich häuslich eingerichtet, schalten und walten, als ob sie wieder rechtmäßige Besitzer des Klosters seien. Die preußische Regierung verhandelt mit den Ordensbrüdern wegen Verkaufs. An Kauf denken die Ordensbrüder gar nicht, sondern sie pochen auf ihr früheres Besitzrecht, das ihnen zu Unrecht entzogen worden sei. Der unheilvolle Einfluß der Ordensbrüder macht sich schon jetzt ganz bedenklich bemerkbar, indem die Geschäftsleute der Klosterumgebung Partei der Ordensbrüder für unentgeltliche Ueberlassung des Klosters nehmen. Es handelt sich um ein aus hohen künstlerischen Werten bestehendes Milliardenobjekt. Wenn auch gegen den Verkauf schon verschiedentlich Protest erhoben wurde, so wird doch jeder Einsichtige sich sagen, daß mit bloßen Protesten gegen die Herrschaft der Ordensbrüder nicht viel anzufangen ist. Unterläßt man es, ernstere Maßnahmen gegen sie in Anwendung zu bringen, dann wird die Zeit nicht mehr fern sein, wo die Ordensbrüder sich durch ihre ununterbrochen regsame Agitation unter der katholischen Einwohnerschaft einen Anhang geschaffen haben, der sie zur Durchsetzung aller, auch der maßlosten Ansprüche befähigt. Die früheren finsternen Zeiten der religiösen Unkultur sind wieder in greifbare Nähe gerückt, wenn nicht die preußische Landesversammlung ein für allemal schon jetzt dafür sorgt, daß die Ordensbrüder kein Anrecht auf Heimatsrecht in Preußen bekommen.

Bei den schlesischen Webern.

Friedlich liegt das kleine schlesische Dörfchen zwischen den Bergen gebettet. In ihm ist nichts von der brausenden Zeitgeschichte zu spüren. Der aus den kleinen Häuschen aufsteigende Rauch gibt dem ganzen Bild einen beinahe feierlichen Anstrich. Auf der sauberen Dorfstraße spielen kleine Kinderchen. Beim Anblick dieser Geschöpfe wird man aber doch daran erinnert, daß das soziale Elend hier nicht nur seinen Einzug gehalten hat, sondern daß hier viel eher die Quelle der Not zu finden ist. Kein frisches, lachendes Gesicht leuchtet uns entgegen; abgehärmte, unterernährte Wesen sind es, die uns den Gruß entbieten. Es sind nur die Kleinsten der Kleinen, denen es noch vergönnt ist, die erste Kinderzeit zu genießen, denn schon bald tritt der Ernst des Lebens in seiner vollen Größe an sie heran und es heißt, alles Kindliche vergessen lernen; sie müssen ihre schwache Kraft zum Unterhalt der Familie opfern.

Da begegnet mir ein altes Männchen; grau seine Haut, schlürfend sein Gang, trübe sein Auge, gebückt seine Gestalt. Unwillkürlich zwingt mich die Erscheinung zum Stillstehen. Aus dem Häutchen, in dem er verschwindet, tönt ebenso wie aus den übrigen des Dörfchens das eifrig klipp-klaup des Webstuhls. Mein Schritt wendet sich seiner Behausung zu; ich trete in sein Häutchen ein und auf mein Anklopfen ertönt ein müdes „Herein!“ Ich befinde mich in einem Raum, der zugleich als Schlaf-, Wohn-, Koch- und Arbeitsraum zu dienen hat. Die Hitze und die schlechte Luft macht mich fast wanken. Die Einrichtung des Raumes zeugt von allergrößter Armut: zwei Betten, ein winziges Tischchen, zwei Stühle und etwas ähnliches wie ein Schrank. Dafür aber an den Wänden ein Heiligenbild neben dem andern. Das Licht fällt durch drei kleine Fensterchen von etwa 40x60 Zentimeter in den Raum hinein und ertellt ihn notdürftig. Am Webstuhl sitzt ein altes verdorrtes Mütterchen; abgehärmt, unterernährt bis zum Äußersten. Es erwidert meinen Gruß freundlich, hat aber keine Zeit, von ihrer Arbeit aufzusehen. Das vor mir eingetretene alte Männchen hat inzwischen an seiner Spule Platz genommen, um der Frau zur Hand arbeiten zu können. Ich bitte ihn, mir die Arbeit eines Webern zu erklären. Gern ist er dazu bereit und gibt die gewünschten Auskünfte.

Auf dem Webstuhl befindet sich Stoff für Bettbezüge. Das ganze Stück ist 128 Meter lang; Dauer bis zur Fertigstellung 10 Arbeitstage; Verdienst 150 Mark; tägliche Arbeitszeit für Mann und Frau: von 6 Uhr früh bis 9, sogar 10 Uhr abends. Mit anderen Worten: Für einen Meter des Stoffes zahlt der Unternehmer 85 Pf. Hergestellt werden pro Tag etwa 13 Meter; es ergibt sich somit ein Tagesarbeitsverdienst von etwa 11 M. für 2 Personen, oder, unter Berücksichtigung der Arbeitszeit von nur 15 Stunden (6 bis 9 Uhr) von etwa 37 Pf. für jede Person und Stunde. Dabei muß aber der Bediener des Webstuhls mit beiden Händen und beiden Beinen dauernd in Bewegung sein. Die körperlichen Kräfte werden dabei naturgemäß aufs äußerste angepannt; das Klappern des Webstuhls noch dazu genommen, ergibt für den Weber eine ihn völlig abtötende Medizin. In Familien mit Kindern sind diese natürlich alle ebenfalls tätig und helfen somit schon im zartesten Alter die Reihen des Proletariats vergrößern.

Die Lebensbedürfnisse der Weber sind die denkbar einfachsten. Ein Käse ist es und wird es ewig bleiben, womit sie ihren Unterhalt fristen. Sämtliche Preise sind in der von mir besuchten Gegend infolge der Nähe feudaler Badeorte wesentlich höher als in Berlin. Ich lenkte deshalb das Gespräch auf die Gewerkschaften und wies auf einen Zusammenschluß in ihnen hin, um hierdurch die Verhältnisse bessern zu können, fand aber wenig Liebe hierfür. Die hier vorherrschenden kirchlichen Mächte lassen nichts aufkommen, was auch nur den Anschein eines leisen Regens von Unzufriedenheit bedeuten könnte. Die Gewerkschaften werden von diesen alles beherrschenden Kräften als die Störer des Friedens bezeichnet, deshalb heißt deren Parole: Bete und arbeite. Und der Weber in seinem unerfindlichen Fanatismus zur Kirche ist mit seinem schrecklichen Lose zufrieden. Er merkt es in seiner stumpfen Ergebenheit nicht, daß sein ganzes Leben als nichts anderes als ein Vegetieren anzusehen ist.

Möge doch auch hier einmal die Zeit kommen, um die in Gerhart Hauptmanns gewaltigem Werk „Die Weber“ ausgebreutete Saat zum Keimen zu bringen.

Karl Sudert.

Aus einer schwarzen Ecke.

Die christliche Verbandsleitung hat im vergangenen Herbst und in diesem Winter eine besondere Agitation durchgeführt, die in der Hauptsache von katholischen Geistlichen und Missionaren bestritten worden ist. Bei dieser Agitation ist nicht der eigentliche Zweck der Organisation, sondern als Hauptzweck die religiöse Ueberzeugung in den Vordergrund gestellt worden. Es wurde die These aufgestellt, daß wer christlich denkt, für diesen sei in der freien Gewerkschaft kein Platz. Es müsse deshalb jeder christliche Denkende auch den christlichen Gewerkschaften angehören. Die Agitation richtete sich in der Hauptsache gegen unseren Verband. In letzter Zeit haben wir zahlreiche Zuschriften erhalten, die diese von den Christen betriebene Agitation besonders beleuchteten. Wir wollen hier einige Proben davon festhalten.

Aus Wangen wird uns geschrieben: „Der Herr Stadtpfarrer als Agitator.“ „Schon während der Kriegszeit hat der Vikar Enderle für den christlichen Textilarbeiterverband die Agitation betrieben. Nachdem dieser strebsame Diener Wangen verlassen hat, schwingt sich der Herr

Sterbe-Unterstützung.

Nach geleisteten Beiträgen		In Klasse							
		1	2	3	4	5	6	7	Mt.
104	100	150	200	250	300	350	400	450	Mt.
260	150	200	250	300	350	400	450	500	„
520	200	250	300	350	400	450	500	550	„
780	250	300	350	400	450	500	550	600	„

Streit-Unterstützung.

Nach geleisteten Beiträgen		In Klasse								
		8	9	10	11	12	13	14	15	Mt.
104	450	500	550	600	650	700	750	800	850	Mt.
260	500	550	600	650	700	750	800	850	900	„
520	550	600	650	700	750	800	850	900	950	„
780	600	650	700	750	800	850	900	950	1000	„

Der Vorstand: Schrader.

Beitragsklasse		Nach 26	Nach 52
		Beitragswochen pro Tag	
1 Mt.	4 Mt.	6 Mt.	
2	7	9	
3	10	12	
4	12	16	
5	14	20	
6	16	24	
7	18	28	
8	20	32	
9	22	36	
10	24	40	
11	26	44	
12	28	48	
13	30	52	
14	32	56	
15	34	60	

Die Unterstützungsätze nach den Beschlüssen des Beirats vom 12.-14. Dezember 1921.

Auf Beschluß des Beirats sind neue Beitragsklassen von 7-15 Mt. eingeführt worden. Die Unterstützungsansprüche in den Klassen 7-15 Mt. regeln sich nach § 5, Ziff. 4 des Statuts, d. h. ehe Unterfertigung nach den neuen Sätzen gezahlt werden kann, müssen mindestens 26 Beiträge in einer der Klassen von 7-15 Mt. geleistet sein.

Erwerbslosen-Unterstützung.

1.-Mt.-Klasse.			
Beiträge pro Tag bis Höchstmaß			
	Mt.	Tag	Mt.
Nach 52	1,-	30	30
156	1,50	40	60
312	2,-	50	100
520	2,50	60	150
2.-Mt.-Klasse.			
Nach 52	2,-	30	60
156	2,50	40	100
312	3,-	50	150
520	3,50	60	210
3.-Mt.-Klasse.			
Nach 52	3,-	30	90
156	3,50	40	140
312	4,-	50	200
520	4,50	60	270
4.-Mt.-Klasse.			
Nach 52	4,-	30	120
156	4,50	40	180
312	5,-	50	250
520	5,50	60	330
5.-Mt.-Klasse.			
Nach 52	5,-	30	150
156	5,50	40	220
312	6,-	50	300
520	6,50	60	390

Stadtpfarrer Lobmüller zum Agitator für die Christen auf.“ Wir wollen es vorweg sagen, sein Erfolg wird nicht sonderlich groß sein, und nur die Art, wie er die Sache angefaßt hat, soll hier festgehalten werden. — Denn jedem Verdienst seine Krone.

Kommt da kürzlich ein Arbeiter zum Herrn Stadtpfarrer und meldet sein neugeborenes Kind zur Taufe an. Die erste Frage ist: „Sind sie christlich organisiert?“ Als der Arbeiter verneinte, meinte dieser gute Hirte: „Es schädt sich aber doch für einen jungen Mann wie sie nicht, den freien Gewerkschaften anzugehören.“ Als alles Zureden nichts half, sagte der Herr Pfarrer weiter: „Wenn mal irgendein Kummel ist, dann benutzen sie die Gelegenheit und treten zur christlichen Organisation über.“

In Schelflingen hat man eine sogenannte Mission veranstaltet, um Mitglieder für die christlichen Gewerkschaften zu gewinnen. Hierüber berichtet das Zentrumsblatt „Schwäbischer Volksbote“ selbst:

„Die unermüdetlich eifrigen Missionare haben, wie es ihre Pflicht ist und wie jeder überzeugte Katholik es von ihnen erwartet, zur modernen Arbeiterbewegung und zum Vereinswesen Stellung genommen und dabei die kirchlichen Grundsätze dargelegt, wie sie die christliche Moral aufstellt und die kirchliche Obrigkeit in ihren Kundgebungen für die treuen Katholiken vertritt. Ein jeder Missionsteilnehmer, der guten Willens war, hat aus den herrlichen Ausführungen der Missionare den Eindruck gewonnen, daß diese ein warm fühlendes Herz und volles Verständnis für den Arbeiterstand und seine Sorgen und Nöten hätten. Dieselben haben es auch nicht unterlassen, die Besigenden an ihre ersten Pflichten zu erinnern und die Borenthaltung des verdienten Arbeitslohnes wie die Ausbeutung der Not des Nächsten durch Wucher, Schiebertum und Betrug mit den stärksten Ausdrücken zu brandmarken und zu verurteilen. Aber ebenso haben sie den katholischen Arbeiter gemahnt, sich den christlichen Vereinigungen anzuschließen und die sogenannten freien, in Wahrheit aber sozialistischen und christentumsfeindlichen Organisationen zu meiden und ihnen ihre Unterstützung zu verweigern.“

Hier hat also das Zentrumsblatt selbst zugegeben, daß die Tätigkeit der Missionare lediglich gegen die freien Gewerkschaften gerichtet ist. Aus Dettingen wird uns das gleiche berichtet.

Die christliche Verbandsleitung erklärt, daß sie diese Arbeit der Geistlichen nichts angehe. Daß diese Arbeit direkt im Einverständnis mit der christlichen Verbandsleitung geleistet wird, darüber dürften keine Zweifel bestehen. Wir stellen dies nur aus dem Grunde fest, um zu zeigen, daß die christlichen Gewerkschaftsführer zu ihrer Sache, die sie vertreten, kein rechtes Vertrauen haben, und es muß eben aus diesem Grunde — „helf, was helfen mag“ — die Geistlichkeit einspringen.

Das Existenzminimum im Februar 1922.

Von Dr. R. Kucznanski.

(Nachdruck verboten.) Die Kosten des Existenzminimums sind im letzten Monat um reichlich ein Siebentel gestiegen. Schuld daran waren die Verknappung der Warenzufuhr durch Frost und Eisenbahnstreik und die maßlose Ausnutzung dieser Notlage durch zahlreiche Händler. In Groß-Berlin kostete im Februar rationiertes Brot 19mal soviel wie vor acht Jahren; Gas 26mal soviel, Milch 27mal soviel, Briketts 28mal soviel, Zucker 31mal soviel, Margarine 33mal soviel, Brot im freien Handel 36mal soviel, Reis 43mal soviel. Kartoffeln, die aber so spärlich angeboten wurden, daß sie für die allgemeine Ernährung nicht in Frage kamen, waren etwa 100mal so teuer wie vor acht Jahren.

Beziffert man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien und beschränkt man sich bei der Deckung dieses Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 43 Mt., für eine Frau auf 91 Mt., für einen Mann auf 121 Mt. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Februar 1914 für ein Kind 1,69 Mt., für eine Frau 3,42 Mt., für einen Mann 4,30 Mt. Tatsächlich war aber das

Existenzminimum vor acht Jahren billiger, weil z. B. billige Kartoffeln damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung standen. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden daher hier für die Vorkriegszeit angeführt: Kind 1,75 Mt., Frau 2,80 Mt., Mann 3,50 Mt.)

	Preis Febr. 1922	Preis Febr. 1914
2550 Gramm Brot (rationiert)	1194	62
200 Gramm Weizenmehl (rationiert)	145	8
250 Gramm Hafersflocken	305	13
125 Gramm Graupen	180	5
1250 Gramm Gemüse	675	18
125 Gramm Margarine	660	20
125 Gramm Marmelade	180	8
250 Gramm Zucker	370	12
1 Liter Milch	615	23
Zusammen für ein 6-10jähr. Kind	4324	169
500 Grammm Brot (freier Handel)	430	12
125 Grammm Graupen	180	5
250 Grammm Speisebohnen	315	11
1750 Grammm Gemüse	945	25
250 Grammm Büchsenfleisch	1000	56
125 Grammm Speck	825	23
250 Grammm Salzheringe	245	13
125 Grammm Margarine	660	20
125 Grammm Marmelade	180	8
Zusammen für eine Frau	9104	342
500 Grammm Reis	940	22
250 Grammm Erbsen	340	10
125 Grammm Speck	825	23
250 Grammm Salzheringe	245	13
125 Grammm Margarine	660	20
Zusammen für einen Mann	12114	430

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 11 Mt. (1913/14: 5,50 Mt.), für Heizung 32,40 Mt. (1,15 Mt.), für Beleuchtung 19,20 Mt. (0,75 Mt.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzuführen: Mann 60 Mt. (2,50 Mt.), Frau 40 Mt. (1,65 Mt.), Kind 20 Mt. (0,85 Mt.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehd, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 25 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	121	212	299
Wohnung	11	11	11
Heizung, Beleuchtung	52	52	52
Bekleidung	60	100	140
Sonstiges	61	93	125

Februar 1922	305	468	627
Januar 1922	266	408	548
Februar 1921	149	225	313
Februar 1920	129	190	254
August 1913/Julii 1914	16,75	22,30	28,80

(Für die einzelnen Monate der Jahre 1920 und 1921 vergleiche mein Buch „Vor der Revision“, Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin 1922.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im Februar 1922 für einen alleinstehenden Mann 51 Mt., für ein kinderloses Ehepaar 78 Mt., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 104 Mt. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 15 900 Mt., für das kinderlose Ehepaar 24 400 Mt., für das Ehepaar mit zwei Kindern 32 700 Mt.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum Februar 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 Mt. auf 305 Mt., d. h. auf das 18,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Mt. auf 468 Mt., d. h. auf das 21fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 Mt. auf 627 Mt., d. h. auf das 21,8fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa fünf Pfennig wert.

6-Mt.-Klasse.				
Beiträge	pro Tag	bis	Höchstjah	
	Mt.	Tage	Mt.	
Nach	52	6,—	30	180
"	156	6,50	40	270
"	312	7,—	50	350
"	520	7,50	60	450
7-Mt.-Klasse.				
Nach	52	7,—	30	210
"	156	7,50	40	300
"	312	8,—	50	400
"	520	8,50	60	510
8-Mt.-Klasse.				
Nach	52	8,—	30	240
"	156	8,50	40	340
"	312	9,—	50	450
"	520	9,50	60	570
9-Mt.-Klasse.				
Nach	52	9,—	30	270
"	156	9,50	40	380
"	312	10,—	50	500
"	520	10,50	60	630
10-Mt.-Klasse.				
Nach	52	10,—	30	300
"	156	10,50	40	420
"	312	11,—	50	550
"	520	11,50	60	690
11-Mt.-Klasse.				
Nach	52	11,—	30	330
"	156	11,50	40	480
"	312	12,—	50	600
"	520	12,50	60	750
12-Mt.-Klasse.				
Nach	52	12,—	30	360
"	156	12,50	40	500
"	312	13,—	50	650
"	520	13,50	60	810

13-Mt.-Klasse.				
Beiträge	pro Tag	bis	Höchstjah	
	Mt.	Tage	Mt.	
Nach	52	13,—	30	390
"	156	13,50	40	540
"	312	14,—	50	700
"	520	14,50	60	870
14-Mt.-Klasse.				
Nach	52	14,—	30	420
"	156	14,50	40	580
"	312	15,—	50	750
"	520	15,50	60	930
15-Mt.-Klasse.				
Nach	52	15,—	30	450
"	156	15,50	40	620
"	312	16,—	50	800
"	520	16,50	60	990

Umzugs-Unterstützung.			
Beitragsklasse:	18—75 km	76—150 km	üb. 150 km
1 Mt.	35 Mt.	40 Mt.	45 Mt.
2 "	55 "	60 "	65 "
3 "	75 "	80 "	85 "
4 "	95 "	100 "	105 "
5 "	115 "	120 "	125 "
6 "	135 "	140 "	145 "
7 "	155 "	160 "	165 "
8 "	175 "	180 "	185 "
9 "	195 "	200 "	205 "
10 "	215 "	220 "	225 "
11 "	235 "	240 "	245 "
12 "	255 "	260 "	265 "
13 "	275 "	280 "	285 "
14 "	295 "	300 "	305 "
15 "	315 "	320 "	325 "

schuß nicht so schlechte Arbeit geleistet, als in den zwei letzten Fällen der Arbeiterrat. Die Bedeutung der Arbeitsordnung steigt mit der weiteren Aufwärtsbewegung der Textilindustrie nach ihrem Umfang vor dem Kriege. Diese Aufwärtsbewegung der Betriebe hat sich im vergangenen Jahre weiter vollzogen, sie findet in unserer Mitgliederbewegung deutlichen Ausdruck. Am Beginn des Geschäftsjahres 1921 betrug die Mitgliederzahl 3400, am Ende 3900. Mit diesem Mitgliederzuwachs wird die Aufklärungs- und Erziehungsarbeit immer dringender. Noch dringender aber ist, daß sich mehr als bisher Aufklärungsbedürfnis und Wissenshunger in der Kollegenchaft zeigt. Leider wird an den Betriebsratkursen und Bildungsabenden des Gewerkschaftsbundes zu wenig teilgenommen. Fort mit dieser Trägheit! Heran, und die geistigen Waffen geschärft! Und wir werden auch im neuen Jahr für unsere Ideale mit Erfolg kämpfen. — Die Diskussion über den Geschäftsbericht war sachlich und von Anerkennung der Tätigkeit der Verbandsleitung getragen. — Die Versammlungen hatten dann über Richtlinien für eine Delegiertenversammlung zu beschließen; die Richtlinien waren entstanden aus dem immer größer gewordenen Umfang unserer Fikale, die keine einheitliche Mitgliederversammlung haben kann, so daß eine Delegiertenversammlung unerlässlich ist. Diese Tatsache erkannten auch die Versammlungen an und stimmten fast alle einstimmig den Richtlinien zu. Nach den beschlossenen Richtlinien ist nun die Delegiertenversammlung beauftragt, über Statutgemäß eingetragene Anträge zu beschließen und alljährlich die Ortsverwaltung zu wählen. Zum erstenmal tagte die Delegiertenversammlung am Sonntag und erledigte die ihr zugewiesenen Aufgaben mit folgender Tagesordnung: 1. Unsere Aufgaben im Betriebe; 2. Kassenbericht; 3. Beitragsregelung; 4. Neuwahl der Ortsverwaltung. Die Aufgaben im Betriebe wurden vom Kollegen Kolbe als einen sehr wichtigen Bestandteil der Verbandsstätigkeit geschildert. Besonders deutlich zeigte der Redner, wie die Arbeitgeber mit Hilfe von Betriebsinspektoren ihren Dienst für den Arbeitgeberverband planmäßig pflegen; für den Dienst zwischen Betrieben und Arbeitgeberverband hat dieser besondere Organisationen unter „Streng vertraulich“ und „Personlich“ eingerichtet. Gegenüber dieser eifrigen Unternehmerstätigkeit müssen auch unsere Aufgaben in den Betrieben mehr als bisher erfüllt werden. Diese Notwendigkeit wurde in der Diskussion allgemein anerkannt und einstimmig ein Beschluß gefaßt, worin die Betriebsräte auf ihre Pflichten verwiesen und alle Kollegen zur Unterstützung der Funktionäre aufgefordert werden. — Der Kassenbericht wurde von Kollegen Diekel in ausführlicher Weise erstattet, woraus sich für das neue Jahr viele praktische Fingerzeige ergaben. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf die Beitragsregelung. Hierzu wurden von der Verwaltung laut Statut und der bestehenden Löhne folgende Beitragsmarken zur Einführung empfohlen: Für Jugendliche beiderlei Geschlechts 3 Mark; für Kolleginnen von 16—20 Jahren 5 Mark und über 20 Jahre 7 Mark; für Kollegen von 16—20 Jahren 7 Mark und über 20 Jahre 9 Mark; für Akkordarbeiter 11 Mark, und eine freiwillige Beitragsklasse mit 16 Mark. In allen Beitragsstufen ist 1 Mark Lokalzuschlag eingerechnet. Ueber diesen Vorschlag entspann sich eine ausgedehnte Diskussion, in der auch Vorschläge für andere Vorschläge gemacht wurden, aber ein besserer Vorschlag als der der Ortsverwaltung war nicht zu erzielen. Es wurde deshalb der Vorschlag der Ortsverwaltung gegen einige Stimmen angenommen. Die Wahl der Ortsverwaltung erfolgte auf Vorschlag aus der Versammlung per Akklamation. Die bisherige Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt.

Aus der Textilindustrie.

Große Textilwarenerschiebungen an der sächsisch-böhmischen Grenze. Die sächsischen Zoll- und Grenzbehörden widmen ihr Augenmerk neuerdings den immer mehr zunehmenden Textilwarenerschiebungen aus Sachsen nach der Tschechoslowakei. Es ist jetzt gelungen, einen berufsmäßigen Schieber in der Person des Gastwirts Gustav Seifert in Markhausen in Böhmen zu ermitteln. Er ist bei einer großen Schiebung von Stoffen, Stücgarnen und Damenstrümpfen im Gesamtbetrage von 158 644 Mt. abgefaßt worden. Doch ist es ihm gelungen, nach Böhmen zu entkommen.

Endlich Beilegung des Streiks im Bekleidungsgerber der Vereinigten Staaten. Keine Lohnherabsetzung. Die Beilegung des Streiks ist, wie das „Wollarchiv“, Berlin, mitteilt, nunmehr in den Hauptstreikgebieten Philadelphia und Chicago erfolgt, da den Arbeitnehmern der Wochenlohn wieder zugestanden wurde. Das von den Arbeitgebern gewünschte Lohnakkordsystem hat nicht durchzudringen vermocht. Die beantragte 15prozentige Lohnherabsetzung ist den Arbeitgebern vom Lohnamt nicht bewilligt worden, jedoch wurde den Arbeitern eine 10—15prozentige Steigerung ihrer Produktivität auferlegt, die von einer paritätischen Kommission kontrolliert werden soll. Widrigenfalls werden die Löhne herabgesetzt.

Traurige Lage des Textilwarenmarktes in Argentinien. Der Textilwarenmarkt in Argentinien befindet sich nach den Berichten des „Wollarchivs“, Berlin, in denkbar ungünstiger Lage. Die umfangreichen Warenlager können nur mit Mühe abgesetzt werden; der Großhandel liefert ausschließlich gegen Barzahlung, sieht sich aber zu Preisherabsetzungen gezwungen. Stellenweise wurden umfangreiche Auktionen abgehalten, die 50prozentige Preisherabsetzungen brachten. Die Vertreter ausländischer Industriefirmen erhalten so gut wie keine Aufträge. Die Ursache ist in der mangelnden Kaufkraft des Landes zu suchen, die zum Teil auf die Unmöglichkeit, Fleisch und andere landwirtschaftliche Produkte auszuführen, zurückgeführt wird. Bankrotte sind an der Tagesordnung. Eine Besserung ist vorläufig nicht zu erwarten.

Soziale Rundschau.

Ein Arzt gegen die Unternehmer.

Wie bereits bekannt, laufen die Unternehmer und die ihnen allzeit untertane Presse Sturm gegen die durch das sächsische Arbeitsministerium vorgenommene Modernisierung der Gewerbeaufsicht. Es trifft sich gut, daß just zur selben Zeit ein Sachverständiger über diese Reformierung ganz anders urteilt als die in ihrem Profit bedrohten und deshalb unparteiisch nicht anzuerkennenden Unternehmer. Es ist der Landesgewerbearzt Prof. Dr. Thiele, der in der neuesten Nummer des Verzeichnisses Korrespondenzblattes für Sachsen den Neuerungen in der Gewerbeaufsicht warme Worte widmet. Thiele weist dort zunächst darauf hin, daß es durch die Verordnung des Arbeitsministers nunmehr auch approbierten Ärzten und Volkswirtschaftlern möglich geworden sei, die Laufbahn der höheren Gewerbeaufsichtsbeamten zu betreten. Sodann sagt Professor Dr. Thiele:

„Es dürfte das erstmalig in der Geschichte der deutschen Medizin sein, daß von Amtswegen gerade der Beruf des Arztes als geeignet erklärt wird für eine Tätigkeit, die an sich mit der gewöhnlichen Arbeit des Arztes nichts zu tun hat. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, wie eng die Beziehungen der Hygiene, insbesondere als öffentliche Gesundheitspflege, als Gewerbe- und als Sozialhygiene, zur Gewerbeaufsicht als der die Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung überwachenden Behörde sind. Daß das große Gebiet der sozialen Medizin, wie sie sich auf der Reichsversicherungsordnung aufbaut, wiederum in enger Verbindung mit der Organisation der Arbeit steht, soll nur angedeutet werden. Am Ende stoßen wir auf das Wort Rudolf Virchows, der es einmal klipp und klar aussprach, daß die soziale Frage zum größten Teil unter die „Jurisdiktion“ der Ärzte fällt. Die sächsischen Verordnungen, in ihrer Art für Deutschland vollständig neu, machen die Bahn frei. Möchten die Ärzte, die die schwere und verantwortungsvolle, aber in unserer bittersten Zeit so ganz besonders wichtige Arbeit eines Gewerbeaufsichtsbeamten übernehmen wollen, ihrer ärztlichen Erziehung als gründliche Beobachter und selbstlose Berater im Dienste der Volkswohlfahrt immer eingedenk sein. Sie werden dann sowohl die Achtung der technischen Beamten, die selbstverständlich jetzt noch zweifelnd den zukünftigen ärztlichen Kollegen gegenüberstehen, als auch das Vertrauen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer finden und damit die

Voraussetzung für eine gedeihliche, dankbare Arbeit. Daß bisher schon Ärzte als praktische Gewerbeaufsichtsbeamte Erprobung gefunden haben, ist aus der Schweiz und aus England bekannt.“ Soweit der Fachmann. Von seinen Ausführungen nimmt natürlich die Unternehmerpresse keine Notiz.

Fabrik und Arbeiter.

Sie ist eine Welt für sich.
Deine Welt. —
Ihr Rhythmus bestimmt den Takt deines Herzens.
Ihr Gesicht liegt im Ausdruck deines Auges.
Ihre Dämpfe beleben deinen Odem.
Ihre Eriebräfte treiben deine Muskeln.
Ihr Lärm überschreit deine Stimme.
Alle deine Sinne gehören ihr.
Ewig schaffend,
Motor deiner Welt — aller Welt,
Quelle des Reichtums ist die Fabrik.
Deine Welt. —
Du aber — bist arm. M. Lodenhagen.

Berichte aus Fachkreisen.

Cassel. Das Geschäftsjahr 1921 war die Tagesordnung für Mitgliederversammlungen im hiesigen Verwaltungsbezirk. Kollege Kolbe führte dazu u. a. aus: Die Folgen und bitteren Nachwehen eines 4½-jährigen Krieges, eines verlorenen Krieges und des Diktats der Entente lasteten auch im verflochtenen Jahr schwer auf unserer Organisation. Unter diese dreifache Bürde gestellt, mußte die Organisation ihre Aufgaben erfüllen. Es kann deshalb die Frage nach der Leistung der Organisation im verflochtenen Geschäftsjahr nicht etwa lauten: Hat der Verband der Textilarbeiterschaft eine absolute Verbesserung ihrer Lebenslage gebracht? Es muß vielmehr gefragt werden: Hat der Verband die ständigen drohenden Verschlechterungen der Lebenslage für die Textilarbeiterschaft ganz oder zum Teil abgewehrt? Diese Abwehr wurde in der Hauptsache mit vier allgemeinen Lohnbewegungen unternommen. Viermal mußten die Lohnsätze zum Zweck einer Lohnerhöhung gekündigt werden, aber das ganze Jahr hindurch stand die Kollegenchaft in einem gesicherten Tarifverhältnis; dies wissen natürlich nur die Kollegen zu schätzen, die die Unternehmerwürkung in der Entlohnung von der alten Zeit her mit ihrer Rückwärtslosigkeit kennen. Von Juli bis Ende des Jahres wurden die Zeitlöhne um 113 Prozent erhöht; die Feuerungszahlen stiegen in der Stadt Cassel um 65 Prozent; hierzu ist aber zu beachten, daß für die Berechnung der Feuerungszahlen der Bedarf an Haushaltungsgegenständen, Bekleidung, Kultur und Körperpflege außer acht gelassen wird. Rechnet man auch die Preissteigerung für diese Gegenstände, so ergibt sich wohl eine Gesamtsteigerung von 120 Prozent, hinter der die Lohnerhöhung mit 113 Prozent zurückbleibt. Die gegenwärtigen Löhne betragen etwa das Neunzehnfache der Friedenslöhne. Insgesamt wurde an 3630 Beschäftigte ein Mehrlohn von 5 503 802 M. gezahlt. Dieses Ergebnis konnte nicht allein durch Verhandlungskämpfe erreicht werden; in zwei Betrieben mußte auch infolge des Widerstandes der Unternehmer die Arbeit eingestellt und dieser so gebrochen werden. Außerdem wurden aus Anlaß eines Meisterstreiks 797 Kollegen und 1562 Kolleginnen ausgesperrt. Die Teilnahme an den erfolgten Bewegungen und dem Verbandsleben zeigte die Kollegenchaft in vier Gruppen: 1. Lohnbewegungsmitglieder; 2. Mitläufer; 3. fixe Antrags-Helden und 4. fleißige Kämpfer. Auf fixe Anträge sind viele Kollegen wiederholt hineingefallen. Dies wurde leider immer zu spät erkannt, wenn fixe Anträge resp. Beschlüsse ihre Opfer von den Kollegen gefordert hatten. Diese Opfer wären für die Kollegen noch weit größer gewesen, wenn nicht die Organisation immer zum richtigen Ziel geführt hätte. Dabei hat natürlich auch die Organisation erhebliche Opfer bringen müssen. Diese fixen Anträge und Beschlüsse waren diktiert von der bekannten Politik des sofortigen Handelns; diese Politik wurde aber erfreulicherweise von den Kollegen als eine Politik der Dummheit erkannt, die nur zu unnötigen Opfern führte und in Zukunft unterbleiben muß. Ein lebhafter Kampf wurde um die Arbeitsordnungen geführt und wird noch geführt werden müssen. Von 15 größten und mittleren Betrieben sind erst neun im Besitz einer Arbeitsordnung. Davon sind in einer die zu vereinbarenden Ordnungsvoorschriften nach unserem Willen festgesetzt; in zwei Fällen sind sie so ziemlich nach unserem Willen, in zwei Fällen sind sie mangelhaft und in zwei anderen Fällen hat der Schlichtungs-

Bekanntmachungen.

- Vorstand.**
Sonntag, den 19. März ist der
11. Wochenbeitrag fällig.
- Berichtigung.**
Hilfsarbeiter gesucht!
Die für die Geschäftsstelle Falkenstein i. B. unseres Verbandes ausgeschriebene Stelle eines Hilfsarbeiters für den Inendienst ist nicht in Falkenstein, sondern in Lengensefeld im Vogll.
Der Vorstand.
- Zusammenkünfte.**
Mitgliederversammlungen.
Berlin. Dekateure. Jeden Freitag von 3—4 Uhr, Stall-schreiberstr. 39: Zahlung.
Berlin. Stickerzeichen. Nicht am 22., wie in voriger Nummer fälschlich gemeldet war, sondern Mittwoch, 29. März, abends 6 Uhr, bei Gursch, Wallstraße 32.
Fürstenthal (Spree). Dienstag, 28. März, im Gesellschaftshaus.
Hainichen. Sonnabend, 25. März.
- Totenliste.**
Gestorbene Mitglieder.
Apolda. Max Meius. Franz Böhm.
Bagersh. Elise Krager. Georg Gräbner.
Bremen. Anton Lahwaffer.
Crimmitschau. Hermann Bündel. Marie Adam. Arur Seifert. Walter Schumann. Richard Bräutigam. Elsa Müller.
- Dittmannsdorf.** Martha Stengel.
Dresden. Elise Jonas, Coswig. Auguste Albinus, Dresden. Auguste Billig, Lockwitz.
Ebingen. Mathilde Ströhle. Johannes Hummel.
Frankenberg i. Sa. Heinrich Kofsburg. Max Hofeifel.
Göppingen. Marie Mung.
Guben. Elise Hicketier. Karl Henze.
Hamburg. Elisabeth Rieden, Bergedorf.
Kirchberg i. Sa. Emma Dunger.
Kirchhau-Cunewalde. Gustav Köhler, Sohland.
Landeshut. Emilie Pechmann. Agnes Schremmer. Pauline Winkler. Anton Hilsfeld.
Langenbielau. Max Oite. Gustav Kessel. Reinhold Krätzig. Auguste Tise. Karl Scholz. Luise Krause.
Lauban. Pauline Klemmt. Frieda Sande.
Leipzig. Franz Trubig. Maria Uhlig.
Lößau i. Sa. August Tschupke. Auguste Bachmann. Hedwig Geyer.
Osterohe a. Harz. Anton Aschoff.
Penig. Elsa Graichen. Anna Kästner. Friedrich Geitel. Marie Weber. Dorothea Neumann.
Stadtoberdorf. Auguste Arste, Hohnberg.
Thalheim. Anna Bausch, Niederzönitz. Karl Hermann Köhler, Gornsdorf. Wilhelm Bock, Thalheim.
Ehre ihrem Andenken!

Tüchtige, ausgebildete, ledige Trocken- und Flachspinnerinnen

aus der Hanf-, Flach- oder Zintelpinnerei von süddeutscher Hanfpinnerei bei guter Entlohnung gesucht. Für Unterkunft und Verpflegung ist gesorgt. Angebote erbeten unter Nr. „Da 1315“ an die Exped. d. Bl.

Einige Handdrucker

sofort gesucht.
Hermann Wünsche Erben A.-G., Ebersbach i. Sachsen.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Freitag, 17. März

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magasinstraße 6—7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Drefsel in Berlin für alles andere Paul Wagner in Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.